

Stand: 26.04.2024 00:11:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/11727

"Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II - Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3"

---

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/11727 vom 01.03.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/12796 des SO vom 10.05.2012
3. Beschluss des Plenums 16/13136 vom 04.07.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 04.07.2012

## Antrag

der Abgeordneten **Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Dr. Linus Förster, Markus Rinderspacher SPD**

### **Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II – Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine rasche Umsetzung der Protokollerklärung der Sitzung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat vom 22. Februar 2011 einzusetzen.

Bund und Länder hatten in Punkt 6. dieser Erklärung festgehalten, dass Grundlage für die Einigung über das Siebte Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches sein sollte, dass „der Regelsatz für die Regelbedarfsstufe 3 (...) mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen ab dem 25. Lebensjahr den vollen Regelsatz zu ermöglichen, überprüft (wird).“

(Anlage 1 zum Protokoll der 880. Sitzung des Bundesrats am 25. Februar 2011)

#### **Begründung:**

Zum 1. Januar 2011 wurde mit dem Regelbedarfsermittlungsgesetz die Regelbedarfsstufe 3 eingeführt. Diese entspricht 80 Prozent des Regelsatzes eines Alleinstehenden und wird für erwachsene Leistungsberechtigte bewilligt, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben. Darunter fallen auch volljährige Menschen mit Behinderungen. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zur Regelbedarfsermittlung nach dem SGB II explizit klargestellt, dass der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf zu bemessen habe (Az: 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09). In der Begründung zur Anlage zu § 28 SGB XII des Gesetzesentwurfs zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches (BT-Drs. 17/3404) verwies die Bundesregierung allerdings darauf, dass aufgrund der Kürze der Zeit keine statistischen Ermittlungen zur Festsetzung der Regelbedarfsstufe 3 durchgeführt werden konnten. Der Abschlag von 20 Prozent erfolgte somit pauschal und ist u.E. mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar. Die Regelbedarfsstufe 3 wurde nicht nur willkürlich festgelegt, sondern bedeutet auch eine Ungleichbehandlung von Leistungsbeziehern nach dem SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Leistungsbeziehern nach dem SGB II (Grundsicherung für Erwerbssuchende). Nach Vollendung des 25. Lebensjahres bilden Leistungsbezieher des SGB II unabhängig von ihrem Hausstand eine eigene Bedarfsgemeinschaft und können den vollen Regelbedarf der Grundsicherung nach dem SGB II von derzeit 374 Euro beanspruchen. Menschen mit Behinderungen, die bei ihren Eltern leben, erhalten 68 Euro weniger. Dies ist u.E. eine Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und steht weder mit dem inklusiven Gedanken der UN-Behindertenrechtskonvention noch mit dem Benachteiligungsverbot des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (Art. 3 Abs. 3 Satz 2: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“) in Einklang.

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit**

**Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann,  
Angelika Weikert u.a. SPD**

Drs. 16/11727

**Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II  
- Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christa Steiger**  
Mitberichterstatter: **Joachim Unterländer**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 10. Mai 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Enthaltung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Brigitte Meyer**  
Vorsitzende

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Dr. Linus Förster, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/11727, 16/12796

**Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II  
Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

### **Abstimmung**

#### **über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 5)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist, wie ich schon angedeutet habe, die Nummer 23 der Anlage zur Tagesordnung, über die auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in namentlicher Abstimmung abgestimmt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 5)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Somit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat - Der Vorsitzende - vom 19. April 2012 (1 BvR 458/10) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
  - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 2009 BVerwG 6 B 35.09,
  - b) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7. April 2009 10 BV 08.1494,
  - c) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 12. März 2008 M 18 K 07.2274,
  - d) den Widerspruchsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 23. Mai 2007 10-2172-2-07,
  - e) den Bescheid der Landeshauptstadt München vom 3. April 2007 KVR-I/321AG2 – PII/G-1320/10-5
 Drs. 16/12940 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Prof. Dr. Winfried Bausback bestimmt.

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Mai 2012 (Vf. 4-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 159 „Krippenhaus zwischen Birken- und Eulenweg“ der Gemeinde Vaterstetten vom 1. März 2012  
 PII/G-1310/12-5  
 Drs. 16/12939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD  
 Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:  
 Aufhebung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz  
 Drs. 16/11056, 16/12776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD  
 Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:  
 Juniorprofessur stärken  
 Drs. 16/11058, 16/12777 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD  
 Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:  
 Vereinbarkeit von Beruf und Familie für den wissenschaftlichen Nachwuchs  
 Drs. 16/11060, 16/12778 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die Arbeit des Forschungsverbundes FORPLANTA  
Drs. 16/11165, 16/12983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Voraussetzung zur Errichtung einer Hochschule in Marktredwitz  
Drs. 16/11168, 16/12779 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD  
Karrierperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs  
Vereinbarungen zum Ausbau des Tenure Tracks  
Drs. 16/11644, 16/12780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD  
Karrierperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs  
Unbefristete Position für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler  
Drs. 16/11645, 16/12781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Hochschule, Forschung und Kultur

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert u.a. SPD  
Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II  
Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3  
Drs. 16/11727, 16/12796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Suchtgefahren an Geldspielautomaten eindämmen  
Drs. 16/11811, 16/12974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kein staatliches Geld für Schneekanonen am Sudelfeld  
Drs. 16/11868, 16/12978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)  
Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler  
Drs. 16/11881, 16/12979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Europaregion Alpen  
Drs. 16/11883, 16/12976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Rechtsextremisten im „Sudetendeutschen Bildungszentrum Heiligenhof“  
Drs. 16/11884, 16/12795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Annemarie Biechl u.a. CSU,  
Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß  
und Fraktion (FDP)  
Novelle der Bundesverordnung zum Hauswirtschafter/zur Hauswirtschafterin  
Drs. 16/11974, 16/12967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD  
Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) in Bayern - 2. Runde  
Drs. 16/12136, 16/12797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. und Fraktion (SPD)  
Vollzug des Waffenrechts  
Drs. 16/12137, 16/12874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Beeinflussung des Bürgerentscheids über die geplante 3. Startbahn am Flughafen München durch die Flughafen München GmbH (FMG)  
Drs. 16/12197, 16/12869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)  
Ermittlungen wegen der Morde der rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Bayern  
Drs. 16/12201, 16/12875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Sabine Dittmar, Maria Noichl u.a. und Fraktion (SPD)  
Keine erneute „ausnahmsweise“ Zulassung des Pflanzenschutzmittels „Santana“ mit dem Wirkstoff Clothianidin  
Drs. 16/12207, 16/12968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kein Engagement durch staatliche Institutionen beim Bürgerbegehren über die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München  
Drs. 16/12212, 16/12934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zukunftsinvestition Hochschulen: Bayern braucht ein erweitertes, langfristiges Ausbauprogramm  
Drs. 16/12328, 16/12814 (E) [X]

**über den Antrag wird gesondert abgestimmt**